

## Artikel der Kategorie „Leserbriefe“

### Leserbriefe zu Artikeln der...

Geschrieben am 7 Februar 2009, 12:03 Uhr von Wolfgang Heinrich

## Rhein-Zeitung

### **...Gesamtausgabe, Landkreis Altenkirchen und Landkreis Neuwied**

Hier können Sie all die Leserbriefe schreiben, .....

...die Sie immer schon einmal schreiben wollten.

...die nur stark gekürzt wiedergegeben wurden.

...die auch in der Zeitung stehen oder standen.

Hier können Sie **KEINE** Leserbriefe schreiben, die sich mit Anstand und Recht nicht vertragen.

**BITTE GENAUE ANGABEN:**

**Zeitungs-Artikel, Datum (Erscheinungstag) – Name, Anschrift**

*Schreiben Sie Ihren Beitrag einfach unter KOMMENTAR oder schicken Sie mir eine email an: post (at) wolfgangheinrich.de.*

### *Leserbrief zu Doping bei Hoffenheim?*

#### **“Kein Kavaliersdelikt”**

Zwei Spieler des Bundes-Ligisten 1899 Hoffenheim haben ihre Doping-Proben verspätet abgegeben.

Man stelle sich nur einmal vor, welcher Aufschrei durch das Land ginge, wenn ein Olympiasieger im Hundertmeterlauf oder Gewichtheben oder ein Etappengewinner bei der Tour de France erst mit einer zehnminütigen Verspätung zur Dopingkontrolle erscheinen würde! Nichts anderes liegt auch in diesem Fall vor. Ich kann es einfach nicht nachvollziehen, dass vonseiten vieler Bundesligafunktionäre so getan wird, als handele es sich hier um ein Kavaliersdelikt! In Italien wurden bereits zwei Profis gesperrt, die eine halbe Stunde zu spät zur Abgabe der Urinprobe auftauchten. Zehn Minuten sollen aber noch im Rahmen sein? Das leuchtet mir absolut nicht ein. Was ist denn, wenn es beim nächsten Mal 20 Minuten sind? Wo soll man denn die Grenze ziehen?

**Mark Hofmann, Bogel** – 28. Februar 2009

+++

### *Leserbrief zu Parkdeck in Wissen*

#### **“Einfach das Tor reparieren”**

Kostengünstig könnte das Problem der Randalen im Wissener Parkdeck gelöst werden.

Autos werden beschädigt, Wettrennen gefahren, Anwohner beschweren sich über quietschende Autoreifen, laute Musik und lautes Grölen. Dies alles passiert mitten in Wissen und fast an jedem Wochenende.

Die Mietzahlungen für Stellplätze im unteren Parkdeck werden verständlicherweise nicht mehr entrichtet, oder sollen zurückgezahlt werden. Und was machen die Verantwortlichen? Seit Monaten ist bekannt, dass das Rolltor zum unteren Parkdeck defekt ist. Dies ist ein unhaltbarer Zustand! Anstatt hier schnell Abhilfe zu schaffen und das vorhandene Tor zu reparieren oder zu ersetzen, will man hier womöglich die Problematik herunterspielen. Eine effektive, kostengünstige und

vorbeugende Maßnahme wäre – auch nach Ansicht der örtlichen Polizei – das Tor zur Nachtzeit zu schließen!

Es ist unbegreiflich, dass hier nicht schneller reagiert wird.

**Sebastian Bläser, Wissen** – 27. Februar 2009

+++

*Leserbrief* zu **Karneval: Köppelorden**

### **“So ist Köppelorden wertlos”**

Der Ortsvorsteher von Offhausen meint, dass er bei der Prunksitzung in Herkersdorf persönlich beleidigt worden ist.

Zur Prunksitzung des Herkersdorfer Carnevals Clubs hatte ich eine schriftliche Einladung erhalten. Ich bin dieser Einladung als Ehrengast gefolgt. In der Büttenrede von Felix Kreps und seinem Kollegen wurde ich von Kreps als Idiot bezeichnet. Was muss das für ein Verein sein, der an diesem Abend einen solchen Flegel zum Köppelordenträger macht? Einen Köppelordenträger sollte man bemessen an den bisherigen, ehrenwerten Ordensträgern. So wie am vergangenen Samstag getan, ist der Orden wertlos.

**Ulrich Hauck, Ortsvorsteher von Offhausen** – 27. Februar 2009

+++

*Leserbriefe* zu **“HARTZ IV”**

### **1. “Geldwerter Vorteil für alle”**

Wer als Hartz-IV-Empfänger die Abwrackprämie beantragt, muss sie sich auf die Sozialleistung anrechnen lassen.

Einem Hartz-IV-Empfänger die staatliche Abwrackprämie als “Einnahme in Geldeswert” auf die Grundsicherung anzurechnen, ist nicht ausreichend durchdacht. Den geldwerten Vorteil einer solchen Prämie genießen nämlich alle Antragsteller, auch die nicht Hartz-IV-Unterstützten. Analog dazu müsste “Normalantragstellern” der geldwerte Vorteil in der Einkommensteuer mindestens dem persönlichen Steuersatz unterworfen werden. Das wäre nur gerecht, aber wiederum typisch deutsch. Einerseits bekommt man etwas, andererseits wird es einem durch höhere Abgaben teilweise wieder genommen. Bei einem Steuerabzug von 25 Prozent oder mehr würden sich erhoffte Reha-Maßnahmen für die Automobilindustrie sicherlich in Grenzen halten.

**Bernd Hewel, Bad Ems** – 27. Februar 2009

+++

### **2. “Wer im Glashaus sitzt ...”**

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, hat Hartz-IV-Empfänger kritisiert. Ich finde es schon ein starkes Stück, dass Herr Mißfelder es wagt, sich ein Urteil über Menschen zu bilden: 2008 die abfälligen Äußerungen über Rentner, 2009 gegen Hartz-IV-Empfänger. Herr Mißfelder, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen! Wie man seinem Lebenslauf auf seiner Homepage entnehmen kann, hat Herr Mißfelder in seinem ganzen Leben noch keine Sozialleistungen gezahlt, sondern der Allgemeinheit nur auf der Tasche gelegen: studiert auf Allgemeinkosten, seinerzeit gab es noch keine Studiengebühren; jetzt liegt er der Allgemeinheit schon wieder auf der Tasche, seit 2005 sitzt er im Bundestag. Herr Mißfelder scheint es hervorragend zu verstehen, einer geregelten Arbeit aus dem Wege zu gehen.

**Wolfgang Moskopp, Mülheim-Kärlich** – 27. Februar 2009

+++

- 3. “Dümmliche Polemisierung”\*

Junge-Union-Chef Philipp Mißfelder nannte die Erhöhung von Hartz IV einen “Anschub für die Tabak- und Spirituosenindustrie”.

Alkoholismus ist eine Erkrankung, die sich durch alle Gesellschaftsschichten zieht und die nicht nur

Hartz-IV-Empfängern vorbehalten ist. Auch unter Prominenten, Reichen, ja sogar Politikern gibt es Alkoholranke. Ich habe selbst als Therapeut in einer Fachklinik für diese "gehobenere" Klientel gearbeitet. Interessanterweise hetzte Mißfelder auf einem Frühschoppen – einer Veranstaltung, auf der schon morgens Alkohol konsumiert wird. Dort passen seine Stammtischparolen auch hin. Die Aussage ist eine dämmliche Polemisierung eines Politschnösels, der mit Provokation und auf Kosten Schwächerer Karriere machen will. In der Vergangenheit ist dieser Politikerverschnitt schon durch ähnlich diffamierende Aussagen, damals über ältere Menschen, aufgefallen. Das ist weder christlich noch ehrenhaft, sondern einfach nur peinlich und durchschaubar.

**Hermann Haushahn, Koblenz** – 06. März 2009

+++

Aus der Rhein-Zeitung vom 26. Februar 2009:

**Mario Quadt** – (Redakteur der Rhein-Zeitung) über einen schweren "Verzicht in der Fastenzeit"

...Worauf mag ich denn verzichten? Schokolade, Alkoholika, Fleisch? ....Ich habe mir gestern den Fernseher als Objekt des siebenwöchigen Verzichts ausgesucht. Doch gerade, als ich den Entschluss gefasst hatte, kamen mir zwei Gründe in den Sinn, die gegen ein Ende der Berieselung aus der Flimmerkiste sprechen: Lincoln und die Lindenstraße. Vor wenigen Wochen habe ich auf dem Sender Phoenix eine spannende Dokumentation über **Abraham Lincoln** gesehen. **Wussten Sie, dass der spätere amerikanische Präsident Leserbriefe mit Schmähungen über seine Parteifreunde ("Der wäscht sich nicht!") geschrieben hat? Unter falschem Namen übrigens, was bei der Rhein-Zeitung gar nicht möglich wäre, da wir stets beim Leserbriefschreiber nachfragen, ob die mit seinem Namen versehene Stellungnahme tatsächlich von ihm stammt.** Sei es drum: Auf solche Sonnen ....

*Leserbrief zu Stadtbürgermeister in Bad Hönningen*

**"Wie ein Offenbarungseid"**

**CDU und SPD in Bad Hönningen streiten um das Amt des Stadtbürgermeisters.**

In seinem Leserbrief greift der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Reiner Schmitz, den Stadtbürgermeisterkandidaten der CDU, Peter Haardt, an, der darum bemüht ist, eine Mauer des Schweigens zu durchbrechen, um die Aufmerksamkeit der Bürger Bad Hönningens auf die drängendsten Probleme der Stadt zu richten. Die Ausführungen des Herrn Schmitz lesen sich allerdings eher wie ein Offenbarungseid, wenn er in seinen Belehrungen an die Adresse von Herrn Haardt indirekt erklärt, Probleme im Zusammenhang mit Kindergärten, Grundschulen, dem Tourismus der Stadt und sogar der katastrophale Schuldenberg von über 20 Millionen Euro, der meines Erachtens die Stadt kurz vor der Handlungsunfähigkeit stehen lassen dürfte, gehen den Stadtbürgermeister mangels Zuständigkeiten letztlich nichts an. Da verwundert es nicht, dass der derzeitige Amtsinhaber Guido Job dank diverser Unzuständigkeiten ausreichend Zeit findet, sich weitab der Probleme der Stadt lieber auf den Karnevals Bühnen der Region zu profilieren. Herrn Schmitz ist, glaube ich, überhaupt nicht bewusst gewesen, dass er mit seinen Ausführungen eigentlich nichts anderes zugegeben hat, als dass er und seine Parteikollegen von der SPD weder den Willen noch die Ideen dazu besitzen, die drängendsten Zukunftsprobleme der Stadt mit Herz und Courage anzugehen.

Bleibt die Frage, was wollen die dann noch? Als Freund der Stadt Bad Hönningen hoffe ich, dass die Bürger und Wähler in Bad Hönningen im Zuge der Kommunalwahl die passende Antwort finden werden.

**Joachim Grohmann, Alfter** – 25. Februar 2009



## *Leserbrief* zu **Ungeeignete Lehrer**

### **“Lehrer besser entlasten”**

Auf einer Trierer Fachkonferenz erklärten Psychologen, dass viele Lehrer für ihren Beruf ungeeignet seien.

Das “Expertentreffen” zeigt nicht, wie Probleme gelöst werden können, sondern ist Teil des Problems. In Zeiten, in denen händeringend Lehrer fast aller Schulformen gesucht werden, wo Quereinsteiger unterrichten, wo PES-Kräfte ohne zweites Staatsexamen Klassen leiten und in denen man Eltern anspricht, ob nicht jemand Unterricht übernehmen kann, ist es geradezu lächerlich, ein Psychogramm der Lehrerschaft erstellen zu wollen. Notwendig wäre es, wenn sich die Experten Gedanken darüber machten, wie man die jetzt Unterrichtenden entlastet, wie man “Hilfskräfte” besser unterstützt und wie mehr junge Menschen zum Lehrerberuf gebracht werden.

Dass auf der Tagung auch eine Studie beschrieben wurde, nach der die Hälfte der Lehrer noch nach 20 Uhr und ein Viertel gar nach 22 Uhr noch arbeitet, wird hingegen nicht erwähnt.

**Manfred Koren, Koblenz** – 24. Februar 2009

+++

## *Leserbriefe* zu **Lehrer mißbraucht Schülerin**

### **1. “Zynisch und erbärmlich”**

Ein Lehrer hat sich das Vertrauen einer Schülerin erschlichen und diese missbraucht.

Es ist schier unglaublich, dass eine “Lehrkraft” sich auf solch infame Weise das Vertrauen einer heranwachsenden Schülerin erkaufte und missbraucht. Selbst der Gedanke, dass es sich dabei um eine krankhafte Neigung handeln könnte, ist kaum nachvollziehbar, wenn man sich vergleichbare Situationen bei den eigenen Kindern vorstellt.

Noch empörender ist aber die Reaktion der zuständigen Behörden. Allein die Tatsache, dass ein Lehrer pornografische Bilder verschickt, sich vorher schon in eindeutiger Absicht mit der Schwester einlassen wollte und dafür lediglich eine Geldstrafe erhält, ansonsten aber mit fadenscheinigen Ausreden in einem solch verantwortungsvollen Beruf weiterarbeiten kann, ist so ungeheuerlich, dass es einem die Sprache verschlägt.

Einem Lehrer wird das Wertvollste, was wir haben, anvertraut: unsere Kinder. Ob er Jugendliche aus einem Obhutsverhältnis heraus oder aus dem Umfeld der Schule in dieser Art missbraucht, ist doch völlig egal. Er hat in diesem Bereich und dieser Funktion mit einem solchen Verhalten einfach nichts zu suchen. “Wir sind im Bilde und haben alle notwendigen Maßnahmen ergriffen”, sagt der ADD-Präsident. Zynischer und erbärmlicher kann man es nicht ausdrücken, wenn man dem Lehrer eine neue Klasse anvertraut.

**Christel und Walter Dohrmann, Buchholz** – 24. Februar 2009

+++

### **2. “Lehrer ist fehl am Platz”**

Es ist seitens der Staatsanwaltschaft eine grobe Missachtung hinsichtlich der Schutzbedürftigkeit und Rechte dieser pubertierenden, nach Orientierung suchenden 13-Jährigen. Selbstverständlich entsteht nicht nur bei Fach- und Klassenlehrern ein Obhutsverhältnis, wenn Eltern ihre Kinder pflichtgemäß an die Institution “Schule” übergeben.

Laut Dienstordnung für die Lehrer tragen diese “einzeln und in ihrer Gesamtheit ... Verantwortung dafür, dass die Schule ihre Aufgaben erfüllt”. Schließlich wirken alle Lehrer nicht nur in Konferenzen verpflichtend an der Gestaltung des ihnen übertragenen Erziehungs- und Bildungsauftrages mit. (...)

Laut Schulgesetz “erzieht die Schule zur Selbstbestimmung in Verantwortung vor Gott und den Mitmenschen. Sie soll die Schülerinnen und Schüler ihrem Alter und ihrem Reifegrad entsprechend in gebotener Zurückhaltung mit den Fragen der Sexualität vertraut machen sowie zu menschlicher, sozialer und gleichberechtigter Partnerschaft befähigen.”

Dass bei solchem beruflichen Erfordernis dieser Lehrer absolut fehl am Platz ist, kann auch die ADD nicht übersehen, der sich scheinbar hilflos und Vertraulichkeit anführend zurückzieht und auf

Versetzung an eine andere Schule verweist. Alles im Griff! Erst der Beamte(?), dann das Opfer!

**Rainer Kalb, Breitenau** – 25. Februar 2009

+++

### **3. „In der Obhut ihrer Lehrer“**

Zwischen einem Lehrer/ einer Lehrerin und einem Schüler/einer Schülerin einer Schule besteht immer ein Obhutsverhältnis. Das kann doch nicht davon abhängig sein, ob der Lehrer nun Fachlehrer des Schülers ist oder nicht. Außerdem gebe ich zu bedenken, dass der Lehrer jederzeit als Fachlehrer in dieser Klasse eingesetzt werden könnte.

Eltern vertrauen ihre Kinder einer Schule an und haben somit das Recht, ihre Kinder in der Obhut der Schule und ihrer Lehrer zu wissen. Eltern müssen erwarten können, dass ihre Kinder in der Schule vor Übergriffen geschützt sind. Die Gewähr für diesen Schutz tragen die Lehrer – wer sonst?

**Bernd Verheyen, Runkel – Studienrat** – 04. März 2009

+++

*Leserbrief* zum **„Journal“ Rhein-Zeitung vom 14.2.09**

### **Wenn Liebe zum Lehrer missbraucht wird**

Nein die Grenze zum Missbrauch ist nicht fließend. Immer ist das Kind, der Schüler das Opfer. Kinder tragen niemals die Verantwortung für einen sexuellen Übergriff.

Auch unser Kind wurde von ihrem „Vertrauenslehrer“ als 14 jährige missbraucht. Der Lehrer, ein Sonnyboy, wurde rechtskräftig verurteilt. Die emotionellen Leiden der ganzen Familie, die Folgeschäden sind damit nicht aus der Welt. Wir arbeiten (nach 7 Jahren) immer noch daran.

„Heike“ und ihre ganze Familie haben unser volles Mitgefühl. Wir wünschen ihnen die Kraft und die wahren Freunde um mit der „Sache“ zu recht zu kommen.

Keinerlei Verständnis können wir für die Verfahrenseinstellung aufbringen. Fachlehrer oder nicht, für einen Lehrer besteht immer ein Obhutsverhältnis zu den Schülern an seiner Schule.

Unerträglich ist der Gedanke, dass so ein Lehrer an einer anderen Schule weiter für Kinder verantwortlich ist. Fast alle Täter missbrauchen immer wieder. Die Dunkelziffer, die Zahl der nicht aufgedeckten Taten ist hoch. Den überführten Täter mit einer Geldbuße davonkommen zu lassen wird dem Opfer, dem Gesetz und dem Schutzbedürfnis unserer Kinder nicht gerecht.

Staatanwaltschaft und Schulbehörde haben versagt.

**Birgit und István Avar, Lohr a. Main** – 04. März 2009

+++

*Leserbrief* zu **Elf EURO Fahrtkosten**

### **„Polizist sollte sich schämen“**

Ein Polizist hat das Land wegen elf Euro Fahrtkosten verklagt.

Wenn man solche Berichte liest, könnte einem schon die Galle überlaufen. In Zeiten massiver Kurzarbeit, massenhafter Arbeitsplatzverluste und hoher Lohninbußen fällt einem Polizeibeamten nichts Besseres ein, als wegen elf Euro das Verwaltungsgericht anzurufen und gegen das Land zu klagen. Aus einer sicheren Beamtenposition heraus ist dies unverständlich und zeugt von einer Missachtung der Rechtsprechung. Überall hört man von überlasteten Gerichten. Ist dies ein Wunder, wenn die Gerichte mit solchen Bagatellen konfrontiert werden? Rechtsschutzversicherungen sollten solche Streitigkeiten nicht finanzieren. Ein Polizeibeamter mit sicherem Arbeitsplatz und Pensionsanspruch sollte sich für ein solches Verhalten schämen und überlegen, ob er nicht zu weit gegangen ist.

**Dieter Wollenweber, Daaden** – 24. Februar 2009

+++

*Leserbrief* zu **Drogen am Arbeitsplatz**

### **„Gesellschaftliches Problem“**

Weil der Stress im Job zunimmt, greifen immer mehr Menschen zu Medikamenten, hat eine Studie ermittelt.

Überraschend sind die Zahlen nicht. Wenn aber fast eine Million Menschen gedopt zur Arbeit geht, dann ist dies ein gesellschaftliches Problem. Es ist die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren und damit recht bald bei Hartz IV anzukommen. Unsere Ellenbogengesellschaft schreit geradezu nach dem perfekten Arbeitnehmer. Und hier liegt das Problem. Immer perfekt sein, das geht ausschließlich mit Doping. Die Bedingungen der Leistungsgesellschaft müssten sich ändern. Aber dringend!

**Karl Wetzels, Calden/Kassel** – 23. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu Schließung von Poststellen*

**“Wo bleibt der Protest?”**

Bedauert wird die Schließung der Poststelle in Wissen.

Zum 16. März schließt die Poststelle in Wissen. Es wird einen “Ersatz”, sprich eine Postagentur, geben. Damit sinkt die Stadt Wissen auf den Status eines Dorfes herab.

Ich benutze die Post in Wissen sehr häufig und kaufe dort nicht nur Briefmarken, sondern verschicke auch komplizierte Sendungen, z. B. in die USA und nach Indien. Warum bleibt eigentlich die Post in Hachenburg erhalten und Wissen schließt?

Wo bleibt der Protest derjenigen Politiker, die noch vor kurzem verkündet haben, sie würden sich für den Erhalt der Wissener Post einsetzen? Seit ich 1969 nach Wissen gezogen bin, habe ich nur den Abbau von Ämtern, Behörden und Firmen in Wissen erlebt (z. B. Amtsgericht, Gepäckbeförderung der Bahn, Fa. Hoesch, Germaniabrauerei usw.) Neu kam nur das Katasteramt.

**Beate Triesch, Wissen** – 23. Februar 2009

+++

*Leserbriefe zu Ehrenmord*

**“Was für ein Motiv?”**

Ich war fassungslos, als ich die Reaktion der afghanischen Familie im Fernsehen sah. Vor allem über das Verhalten der Mutter. Ging es doch um den Mord an ihrer Tochter, begangen durch ihren Sohn. Was noch schlimmer ist: Was für ein Motiv? Wir sollten uns wirklich sehr gut überlegen, ob wir noch weitere Menschen mit solch einer mittelalterlichen Auffassung von Familienehre in unser Land lassen sollen. Noch dazu vielleicht Extremfälle wie Guantánamo-Häftlinge, die ja auch noch ihre Familien nachholen würden. Wie sollen wir solche fehlorientierten Menschen denn integrieren?

**Uwe Jentsch, Neuwied** – 21. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu Zusammenstoß im Weltall*

**“EU bekommt alles geregelt”**

Im All sind zwei Satelliten zusammengestoßen.

Ich denke, hier ist die EU-Kommission gefragt. Es muss endlich eine exterrestrische Satelliten-Verkehrsordnung her, damit auch Weltraumschrott sich in geordneten Bahnen bewegt. Zum Beispiel links vor rechts, oder war da ein Raser im Spiel? Tempolimit auf der Milchstraße, für Rasen innerhalb geschlossener Galaxien drei Kometenpunkte. Und mindestens 150 Sterntaler sollten die verantwortlichen Erdlinge berappen. Schließlich bekommt die EU doch noch alles geregelt, oder?

**Maria Theresia Tilgen-Selt, Leutesdorf** – 20. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu Antisemitische Schmierereien*

**“Hochgiftige Demagogie”**

Unbekannte haben das Kassenhäuschen am Raiffeisenstadion mit judenfeindlichen Sprüchen

beschmiert.

Bei allem Respekt und aller Wertschätzung, aber die Aussage des städtischen Pressesprechers Erhard Jung macht den Skandal um die antisemitischen Schmierereien am Raiffeisenstadion nur noch schlimmer. Angesichts der notwendigen Entfernung hasstriefender Parolen mit Kostengründen zu argumentieren, ist gelinde gesagt lächerlich, geschmacklos und zeugt von mangelnder politischer Sensibilität.

Wenn wirklich eine Sprühdose Farbe ausreicht, um die demagogischen Schmierereien zu entfernen, dann frage ich mich, warum die Stadt nicht genau das getan hat. Mich enttäuscht und befremdet der Vorgang jedenfalls zutiefst.

Ich habe auch vielmehr den Eindruck, als ob hier ein mangelndes Bewusstsein für die Tragweite des Vorfalles vorliegt. Die antisemitischen Schmierereien haben bei mir jedenfalls Empörung und Bestürzung ausgelöst, Antisemitismus, egal, ob er von Rechtsradikalen propagiert oder von radikal denkenden Muslimen befördert wird, ist immer menschenverachtend und abgrundtief böse.

Das Anbringen von antisemitischen Parolen ist auch kein Dummejungenstreich, sondern hochgiftige Demagogie, der wir alle entschieden und kompromisslos entgegenzutreten müssen. Ich muss es leider feststellen, aber die hilflosen Argumente der Stadtverwaltung sollen wohl vom offensichtlichen Versagen der städtischen Stellen bei diesem Vorfall ablenken und müssen als Schutzbehauptungen gewertet werden. In diesem Zusammenhang erwarte ich übrigens auch von der Polizei, dass sie ein wachsames Auge auf derartige Untaten wirft und sich nicht in die Gefahr der Gleichgültigkeit gegenüber politisch motivierten Straftaten begibt.

**Manfred Kirsch, Neuwied** – 20. Februar 2009

+++

#### *Leserbrief zu Krankenhaus in Altenkirchen*

##### **“Von Geräuschen eines Presslufthammers geweckt”**

In den heimischen Krankenhäusern ist es eng, unter anderem, weil in Altenkirchen gebaut wird. In dem Artikel wird erwähnt, dass wegen Baumaßnahmen im Krankenhaus Altenkirchen weniger Patienten aufgenommen werden können. Nach meiner Meinung werden noch zu viele aufgenommen. Als der Artikel veröffentlicht wurde, befand ich mich stationär auf der Chirurgie (C 2). Nach einer OP wurde ich am Mittag auf Zimmer 206 verlegt. Von Geräuschen eines Presslufthammers wurde ich geweckt. Mehrfach schlief ich wieder ein, um durch sehr laute Geräusche und Erschütterungen an der Wand neben meinem Bett geweckt zu werden, selbst während der Mittagsruhezeit.

Am zweiten Tag war der Lärm wesentlich stärker und dauerte Stunden. Ich wurde von Kopfschmerzen geplagt und hatte das Gefühl, als ob mein Schädel platzen würde. Als die Schmerzen unerträglich wurden, informierte ich telefonisch die für Beschwerden verantwortliche Leiterin (Frau Groth). Nichts passierte. Der unerträgliche Lärm ging weiter. Plötzlich wurde an der Wand neben meinem Bett derart mit Werkzeugen (Hammer?) geschlagen, dass ich dachte, die Wand würde jeden Augenblick auf mein Bett fallen. Erneut rief ich Frau Groth an und verlangte unter Androhung von Konsequenzen eine sofortige Verlegung. Plötzlich ging das, und ich wurde wenigstens zwei Zimmer weiter von der Baustelle verlegt, obwohl auch dort der Lärm nicht hingenommen werden kann.

Die bei mir durchgeführte OP war lange geplant, zeitlich nicht dringlich und hätte verschoben werden können. Nein, ich wurde noch nicht einmal auf die Baustelle hingewiesen.

Abschließend: Immissionsschutzgesetze wurden u. a. zum Schutz der Bürger erlassen, Bauarbeiter müssen bei der Arbeit mit Pressluftschlämmern Gehörschutz tragen, Patienten werden schutzlos diesem Lärm ausgeliefert. Ich werde Maßnahmen gegen Verantwortliche des Krankenhauses ergreifen.

**Dieter Kellner, Stürzelbach** – 20. Februar 2009

+++

#### *Leserbriefe zu Fällung von Bäumen an der Kreisstrasse 9*

### **1. “Nur Totschlagargument”**

Im Rahmen der allgegenwärtigen “Restauration” (Wiedereinführung mühsam überwundener Denk- und Verhaltensweisen) kann man in zunehmenden Maß Bautrupps beobachten, die entlang von Straßen großzügig Bäume und Sträucher entfernen oder verstümmeln. Schon Ende der fünfziger Jahre nämlich forderte die Autolobby lautstark: Bäume weg vom Straßenrand! So erscheint die Fällaktion zwischen Flammersfeld und Seelbach durchaus gezielt und systemkonform. Dass das Totschlagargument “Verkehrssicherung” nur vorgeschoben ist, zeigt der Fall zwischen Leuscheid und Herchen: Auch dort wurden entlang der Straße Baumreihen entfernt und hinterher eine drastische Geschwindigkeitsbegrenzung mit der Begründung “Unfallstrecke” verordnet. Straßenbäume aber verengen optisch die Straßen und tragen damit von sich aus zur Geschwindigkeitsreduzierung bei.

**Helmut Nestle, Werkhausen** – 20. Februar 2009

+++

### **2. “Es sind nicht eure, sondern unser aller Bäume”**

Protest erhob sich, weil zur Sanierung der Kreisstraße 9 alte Bäume gefällt wurden.

Alle Bürgerinnen und Bürger im Flammersfelder Raum, die regelmäßig die K 9 von Flammersfeld nach Seelbach befahren, fragen sich seit Jahren, wann dieses gefährliche Straßenstück endlich einmal eine Sanierung erfährt. Deshalb ist es gut, dass nun etwas passiert – an einer Straße, die schmal, holprig, kurvenreich mit unendlich vielen Schlaglöchern, zur Talseite abfallend und durch die Wurzeln der großen alten Bäume eingerissen, in eine Berg- und Tallandschaft verwandelt wurde. Was würde wohl passieren, wenn ein Schulbus mit Kindern dort, von einem unvernünftigen Autofahrer abgedrängt, auf dem weichen, brüchigen Bankett ins Rutschen gerät?

Liebe Seelbacher, die ihr das Fällen der Bäume vehement anprangert: Es sind nicht eure Bäume alleine, sondern unser aller Bäume, weil sie an einer öffentlichen Straße stehen. Deshalb hat man euch auch nicht gefragt, denn sonst hätte man alle fragen müssen. Von den schönen alten Bäumen geht nun mal unzweifelhaft eine besondere Gefahr aus, auch für Lkw und große landwirtschaftliche Fahrzeuge.

Außerdem lässt sich eine Straße, die von Baumwurzeln unterwandert wird, nicht fachgerecht sanieren, ohne dass diese entfernt werden. Alles andere wären sinnlose Ausgaben ohne Nachhaltigkeit. Deshalb hoffe ich, dass die Protestler ihr “ökologisches Bauchgefühl” aufgeben und zur Vernunft zurückkehren, indem sie die Menschen und ihre Verkehrssicherheit in den Vordergrund stellen. Bleibt zu hoffen, dass nicht am Ende noch durch sinnlose Widersprüche, Eingaben oder gar juristische Verfahren eine Verzögerung der dringend notwendigen Sanierung die Folge ist.

Dann gehören wir alle zu den Verlierern.

**Hartmut Krämer, Ortsbürgermeister von Rott** –

20. Februar 2009

+++

### **3. “Wurden Alternativen zur Fällung geprüft?”**

Straßenbäume waren schon immer Gegenstand heftigster Diskussionen zwischen denen, die sie als Ursache für die schrecklichsten Unfallszenarien sehen, und denen, die Straßenbäume als uraltes, schützenswertes Kulturgut sehen, das in unsere Landschaft gehört, wie Wegkreuz und Kirchturmspitze. Kein vernünftiger Zeitgenosse käme auf die Idee, einen Kirchturm einzureißen, weil ein rasender Autofahrer in seinem Wahn es geschafft hat, mit seinem Fahrzeug in einem Kirchturmdach einzuschlagen.

Der Schutz von Straßenbenutzern, wozu natürlich auch Schulbusinsassen gehören, rechtfertigt nicht alle Mittel. Zumal wir alle wissen, dass durch Abholzung verbreiterte Straßen nicht automatisch sicherer werden. Sie verleiten zu schnellerem Fahren, ja Rasen, und die Fahrt endet dann oft in der Straßenböschung, von wo das Fahrzeug nur allzu oft in den Gegenverkehr zurückkatapultiert wird. Gegen den unverantwortlichen Fahrer gibt es bekanntlich keine absolute Sicherheit. Klar hat der Schutz von Leben und Gesundheit im Vordergrund zu stehen. Aber sind Alternativen zur Fällung der Bäume auch nur ansatzweise geprüft worden – zum Beispiel die Verbreiterung der Fahrbahn zur

anderen Straßenseite hin? Eingrenzung der Bäume durch Leitplanken?

In anderen Regionen unseres Landes bewundern wir die herrlichsten Baumalleen entlang der Straßen, und es gibt die "Alleenstraße", mit der eine ganze Region für sich wirbt. Die Erhaltung der liebenswerten Straßenbegleiter steht dort im Vordergrund, und wenn es besonders kritische Stellen gibt, werden Fahrbahn und Gegenfahrbahn an den alten Bäumen vorbeigeführt, und die ehemaligen Randbäume werden zu einem mit Leitplanken eingegrenzten Mittelstreifen.

Es ist nach wie vor der achtlose Umgang mit der Natur und unserer Kulturlandschaft, der hinter vielen ad-hoc-Entscheidungen von Politikern und entscheidungstragenden Gremien steht. Geld steht ja durch die Lkw-Maut genügend zur Verfügung, und trotz Klimakatastrophe schreitet der Landschaftsverbrauch durch Straßenbau und -ausbau ungehindert fort. Dabei sind schmale Straßen und "schlechte" Straßen auch sichere Straßen, zwingen sie doch zum Langsamfahren in einer rasenden Zeit.

**Winfried Herberich, Rott** – 25. Februar 2009

+++

#### **4. "Man muss Prioritäten setzen"**

Umweltschutz in allen Ehren. Auch ich bin dafür, dass Wälder und Bäume erhalten bleiben und nicht unnötig gerodet werden. Aber man muss auch Prioritäten setzen. Bei dem längst fälligen Ausbau der K 9 geht es doch in erster Linie um unser aller Sicherheit. Über 30 Jahre kämpfen wir nun schon dafür, dass diese gefährliche Piste saniert wird.

Fast jeder, der diese Strecke öfter passieren muss, weiß, wie gefährlich es ist, wenn einem ein schwerer Lkw oder ein Bus begegnet. Was nützt einem noch der schönste Baum, wenn man eines Tages dort sein Leben beenden muss? Jeder weiß, wie viele Unfälle dort schon passiert sind, und fast jeder hat schon die Erfahrung eines "Beinahe-Unfalls" gemacht. Auch wenn es ein noch so viel zitierter Satz ist, fragt man sich: Muss erst noch etwas Schlimmeres passieren?

Den Kritikern sei gesagt: Verhindert mit Eurem Protest nicht den längst fälligen Ausbau dieser unmöglichen Straßenführung. Übrigens: Was nützt es, wenn die Verantwortlichen der Baumfällung gesucht und gefunden werden, die Bäume sind gefällt und können nicht wieder aufgestellt werden.

**Dieter Schneider, Seelbach** – 25. Februar 2009

+++

#### *Leserbriefe zu Bonuszahlungen*

##### **1. "Hohe Summen zuschustern"**

Es ist falsch, wenn Banken bis zu dreistellige Millionenbeträge erhalten, mit denen sie die Wirtschaft mit Krediten versorgen sollten, tatsächlich aber mit diesem Geld ihren Vorständen, Aufsichtsräten und Aktionären hohe Summen zuschustern. Es ist in einem christlich geprägten Land, wie es Deutschland noch immer ist, auch richtig, dass der Staat Menschen hilft, die in Not geraten sind. Dieser Staat aber besteht aus den Bürgern dieses Landes. Und diese Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Gelder, die sie als Steuern und Abgaben und auch als Spenden abführen, sinnvoll verwendet werden. Sinnvoll, das heißt auch, dass alle Gesetze befolgt werden müssen.

Wenn mir von staatlichen, kirchlichen oder anderen Stellen geholfen wird, habe ich die moralische und auch gesetzliche Pflicht, wieder zu helfen – wenn ich es denn wieder kann. Caritas und Diakonie fordern viel für ihre Klientel, weisen aber zu wenig auf diese Verpflichtung hin. Was nichts kostet, ist auch nichts, sagt Volkes Mund.

**Claus F. Caspary, Koblenz** – 19. Februar 2009

+++

##### **2. "Nicht gesellschaftsfähig"**

Es gibt Zeitgenossen, die ich auch nicht mit "spitzen Fingern" anfassen möchte. Dabei bewegen sie sich noch immer im legalen Raum. Aber es gibt auch noch so etwas wie Moral. Mag sein, dass man formal das Recht dazu hat, vertragsgemäß hohe Bonusleistungen zu erhalten – aber wenn die Allgemeinheit zuvor die Fehlleistungen der Bonusempfänger ausbügeln musste, ist die

Entgegennahme von hohen Boni einfach unmoralisch – egal ob legal oder illegal. Es ist an der Zeit, dass man sich wieder auf Werte alter Prägung besinnt. Menschen mit solch reduzierter Moral sollten einfach nicht gesellschaftsfähig sein.

**Bernd Meuer, Bendorf** – 19. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu*

### **“Täglich sterben Menschen”**

Schauspielerin Jennifer Aniston kämpft wegen ihres 40. Geburtstags mit der Eitelkeit und entdeckt immer mehr graue Haare.

Muss denn so etwas in einer seriösen Tageszeitung veröffentlicht werden? “Jennifer Aniston brach angeblich in Tränen aus, als sie ein langes graues Haar entdeckte!” Täglich sterben Menschen durch Folter, Terror und Krieg. Diese Menschen würden mit Freude jedes neue graue Haar auf ihrem Kopf begrüßen, wenn sie denn noch leben dürften!

**Maria Theresa Misterek, Koblenz** – 18. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu* **Fluglärm am Hunsrück-Flughafen Hahn**

### **“Nichts als den Fluglärm?”**

Das Land Rheinland-Pfalz hat seine Anteile am Hunsrück-Flughafen Hahn aufgestockt. Immer wieder wurden auch Lärmschutzmaßnahmen angekündigt.

Es geht fast keine Woche ins Land, in der nicht irgend etwas über den Flugplatz Hahn in Ihrer Zeitung steht. Im Großen und Ganzen geht es immer ums Geld. Ich frage mich: Was ist eigentlich mit den Anwohnern rund um den Hahn? Was ist mit den großartig angekündigten Lärmschutzmaßnahmen (zum Beispiel dreifach verglaste Fenster)? Da ist über allen Wipfeln Ruh. Ich frage insbesondere, weil Sie nicht müde werden, in jedem Artikel zu beteuern, dass auf dem Hahn 24 Stunden geflogen werden darf, ganz im Gegensatz zu Frankfurt. Dort ist der Nachtflugverkehr noch nicht in trockenen Tüchern. Haben wir, die Anrainer, am Ende nichts als den Fluglärm?

**Elmar Zirwes, Löffelscheid** – 18. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu* **Suche nach vermisster Tochter**

### **“Von der Politik so gewollt”**

Ein Elternpaar aus dem Kreis Birkenfeld bekam von der Polizei eine Rechnung über 624,79 Euro – für die Suche nach seiner vermissten Tochter. Das Verwaltungsgericht Koblenz bestätigte: Die Beamten handelten richtig.

Da muss man sich doch zunächst die Augen reiben, weil man nicht sicher ist, was man gerade gelesen hat. Auch bei der Polizei wird in Deutschland offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen; und das wird von einem Gericht auch noch bestätigt! Die Sorge um ein abends nicht nach Hause gekommenes Kind veranlasst die Eltern, Vermisstenanzeige zu erstatten, was eine Polizeiaktion auslöst.

Und diese Aktion kostete die Eltern mehr als 600 Euro. Ich frage mich, ob die Eltern auch dann eine Rechnung bekommen hätten, wenn die Suche erfolglos und das Mädchen für immer “verschwunden” wäre.

Die “Ungleichheit” besteht aber darin, dass Sonntag für Sonntag die Polizei in mindestens 20 Städten Deutschlands mit Großaufgeboten (nicht nur mit neun Beamten wie bei der Suche nach dem Mädchen) anlässlich von Fußballspielen der ersten und zweiten Bundesliga für Sicherheit, Ruhe und Ordnung sorgen muss, ohne dass ich jemals davon gehört habe, dass ein Verein zur Erstattung der Kosten aufgefordert worden wäre.

Man muss wohl davon ausgehen, dass diese Klubs wohl eher in der Lage wären, diese Kosten zu

übernehmen, was auch geboten wäre, nehmen sie doch eine polizeiliche Leistung in Anspruch, die sie eigentlich selbst erbringen müssten.

So aber bleibt die Polizei – und damit der Steuerzahler – “auf diesen Kosten sitzen”. Und die Steuerzahler haben keine Möglichkeit, sich dagegen erfolgreich zu wehren, weil das praktizierte Verfahren offenbar von der Politik so gewollt ist, so wie bei vielen anderen Verfahren auch, die “das Volk” nicht verstehen kann.

**Josef Brieler, Neuhäusel** – 18. Februar 2009

+++

### *Leserbrief* zu **Rentenerhöhung**

#### **“Ein Schuss in den Ofen”**

Zum 1. Juli sollen die Rentenbezüge um 2,5 Prozent steigen. Endgültig wird über diese Rentenerhöhung voraussichtlich im März entschieden.

Vorab mein Ergebnis der Rentenerhöhung: 6,76 Euro netto weniger. Brutto: ohne Bedeutung für mich. Mich interessiert nur der Betrag, den ich im Geldbeutel habe. Die Beitragserleichterung der Krankenkassen ist für mich ein Schuss in den Ofen.

Ich habe mir vor Jahren eine beitragsgünstigere Krankenkasse ausgesucht, warum? Keine Frage, mit meinem Mehrbeitrag kann man die unverhältnismäßig gestiegenen Gehälter der Krankenkassenbosse, der Chefärzte, die Prachtbauten der Krankenkasse und so weiter bezahlen.

Außerdem ist die Werbung meiner Krankenkasse, TK, nicht gerade billig.

Wenn ich mir so überlege: Warum bin ich nicht eine Großbank, warum bin ich nicht eine Großfirma in der Automobilindustrie? Warum bin ich ein kleiner Rentner, der über 48 Jahre gearbeitet hat? Die Antwort: Ich war doof oder zu einfältig. Hätte ich nie gearbeitet, bräuchte ich mir keine Gedanken um meine Rente zu machen – denn: Papa Staat lässt keinen verkommen.

Naja, als Rheinland-Pfälzer weiß ich auch, wo mein Geld gut angelegt ist! Beim Nürburgring, beim Stadion Kaiserslautern, bei der Buga Koblenz, habe ich noch etwas vergessen?

**Rainer Schlich, Ruitsch** 17. Februar 2009

+++

### *Leserbriefe* zu **Gaspreise**

#### **1. “Geht zulasten der Betriebe”**

Die Energieversorgung Mittelrhein hat für den 1. April eine Senkung ihres Gaspreises angekündigt. **(Anm. Wolfgang Heinrich: APRILSCHERZ?)**

Das Thema stand auch im Mittelpunkt unserer jüngsten Kreisvorstandssitzung im Hotel- und Gaststättenverband: Die Ortsstellenleiter der Verbandsgemeinden sprachen neben den Rückgängen infolge des Rauchverbots und der momentanen finanziellen Situation in den Kassen der Konsumenten auch das Thema der erhöhten Energiekosten an. Es wurde dabei erwähnt, dass die Energieversorger, insbesondere die Gasversorger, im letzten Jahr mehrmals die Preise erhöht haben. Jetzt wird zum 1. April der Gaspreis gesenkt, vorher aber werden in der Winterperiode die teuren Preise abverlangt. Wir bringen Verständnis für das geschäftliche Gebaren der Unternehmer auf, leider können wir aber diese Erhöhungen keinem Gast anlasten, sodass der Verlust voll zulasten unserer Kollegen geht.

**KaJo Elbern, Bad Hönningen, Kreisvorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes** – 16. Februar 2009

+++

#### **2. “Entsetzt über Abrechnung”**

Viele Neuwieder ärgern sich über hohe Verbrauchskostenabrechnungen der Stadtwerke.

Wie die überwiegende Zahl der Neuwieder Mitbürger war auch ich entsetzt über meine Stadtwerke-Abrechnung. Leider kann ich den Erklärungen der Stadtwerke keinen großen Glauben schenken.

Sicher sind die Preise für Strom und Gas insgesamt gestiegen. Das weiß inzwischen jeder. Die Menschen, die voller Gottvertrauen die Heizung voll aufdrehen, dürften selten geworden sein. Der

Winter 2007/2008 war bei weitem temperaturmäßig nicht so kalt wie die ersten Wochen im Jahr 2009, dafür hielt sich das kühlere Wetter bis Ende April. Ich weiß das so genau, da ich Jäger bin und täglich in meinem Revierbuch die Außentemperaturen festhalte. Das nette Schreiben, das vorsorglich der Jahresabrechnung anlag und die horrenden Nachzahlungssummen entschuldigend erklären sollte, stimmt also so nicht. Es ist im Übrigen auch unvollständig. Meines Erachtens hätten auch noch die Kosten für die "Deichwelle" und den "Wasserpark Feldkirchen" sowie für zwei Stadtwerke-Direktoren genannt werden sollen, die auf den Energieabnehmer abgewälzt werden sollen. Oder ist es nur ein enormer Zufall, dass die erste Stadtwerke-Abrechnung nach Eröffnung der Deichwelle kostenmäßig explodiert?

Zu den Gedanken, dass das Gas eventuell mit Beimischungen versehen sein soll: Was passiert, liebe Stadtwerke, wenn sich eine Interessengemeinschaft bildet und einen Sachverständigen mit einem Gutachten beauftragt und damit der Sache mal auf den Grund geht? Ich denke, hier soll der Bürger mal wieder für dumm verkauft werden, wie das insbesondere in Neuwied ja üblich ist. Was nützen Konjunkturpakete der Bundesregierung, wenn der "kleine Mann" durch die hohen Lebenshaltungskosten und zum Beispiel durch solch übersetzte Rechnungen der Stadtwerke in finanzielle Not getrieben wird? Noch eine kleine Anmerkung: Ich bedauere die Angestellten im Kundencenter der Stadtwerke, die viel Geduld und Nervenkraft aufbringen müssen und Überstunden leisten, um sich mit den – wohl meist zu Recht – unzufriedenen Kunden auseinanderzusetzen.

**Edwin Krobbach, Neuwied** – 17. Februar 2009

+++

### **3. "Werden Anbieter wechseln"**

Einen derartigen explosionsartigen Mehrverbrauch an Gas hatten wir nicht erwartet. Wir hatten doch gerade erst energiesparende Thermostate eingebaut. Und die Ablesewerte des Messwärmemedienstes ergaben sogar eine knappe Reduzierung der verbrauchten Menge. Aber da hatten wir wohl die Rechnung ohne die SWN gemacht. (...) Zum ersten Mal in meinem "Heizungsleben" werde ich mit "Brennwerten" konfrontiert. Ich war ja immer der Meinung: Gas ist Gas. Tja, leider werden die verbrauchten Kubikmeter mit dem Faktor "X" in Kilowatt umgerechnet. Und genau hier ist der Haken: Der "Brennwert" ändert sich nämlich permanent und ist von vielen Faktoren abhängig. Heißt, die gleichen verbrauchten Kubikmeter Gas kostet zu zwei aufeinanderfolgenden Zeitpunkten – bei gleichem Gasgrundpreis – nicht unbedingt gleichviel. Das Ende der Geschichte: Wir haben Einspruch eingelegt und werden die Rechnung erst einmal von der Verbraucherzentrale überprüfen lassen und dann eventuell das Eichamt kontaktieren. Das lassen wir uns den "Spaß" gerne kosten. Dass die Gaspreise erst nach der Heizperiode gesenkt werden, um sie dann pünktlich zum Beginn der nächsten Heizperiode wieder zu erhöhen, ist sicher nur reiner Zufall. Dass bei der SWN die Kosten der Deichwelle drücken und vielleicht auch überflüssiges Personal bezahlt werden muss, darf bei der Beurteilung keine Rolle spielen. Mann muss ja objektiv bleiben. Wir werden jedenfalls nach Ende der Geschichte den Anbieter wechseln – einfach aus Prinzip – selbst wenn dort der Grundpreis teurer ist, denn der ist ja, das wissen wir jetzt, nicht so ausschlaggebend.

**Stephan Dupré, Neuwied** – 18. Februar 2009

+++

### *Leserbrief* zu **Schnee-Chaos**

#### **"Einfach nur dagesessen"**

Darüber, dass am "Abend des Schneechaos" nur vereinzelt Hilfsbereitschaft zu spüren war, klagt diese Leserin.

Durch den Schneesturm ging es nur schleppend voran am Abend des 10. Februar. Auf einer erzwungen sehr langen Fahrt kann man so einiges erleben. Bei sehr vielen war von gegenseitiger Rücksichtnahme oder gar Hilfsbereitschaft nicht viel zu merken. Schade – armes Deutschland. Beispiel: In Wahlrod blieben am frühen Abend etliche Pkw im Schnee stecken. Als ich die

Staustelle erreichte, sah ich, wie sich drei Mädels damit abquälten, ein Auto anzuschieben. Niemand der anderen Autofahrer stieg aus, um zu helfen. Alle saßen in ihren geheizten Fahrzeugen, und die Anzahl der stehenden Autos wuchs. Die Straße war in beiden Richtungen vollkommen verstopft. Nach einiger Zeit kam glücklicherweise ein hilfsbereiter Autofahrer vorbei, der tatsächlich mithalf, die Autos auf eine Fahrbahnseite zu schieben, um eine Fahrspur frei zu bekommen. Danach tat sich wieder sehr lange gar nichts – bis sich drei junge beherzte Männer einen Ruck gaben und alle liegen gebliebenen Autos der Reihe nach anschoben, so dass der Verkehr bald wieder rollte.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön all jenen, die in dieser Situation eingriffen und keine Scheu hatten, sich die Hände schmutzig zu machen. Einige sollten sich eine dicke Scheibe davon abschneiden und vielleicht beim nächsten Mal auch helfen. Sicher wäre so einiges wesentlich leichter.

**Jana Zienicke, Gieleroth** – 14. Februar 2009

+++

*Leserbrief* zu **Bahn-Chef wieder unter Druck**

**“Was ist Skandalöses passiert?”**

Die Bahn-Spitze hat zugegeben, ihre Mitarbeiter mehrfach überwacht zu haben. Auch bei der Telekom gibt es ähnliche Vorwürfe.

Es ist noch gar nicht so lange her, dass sich Politik und Presse über die Bestechungen bei Siemens bestürzt zeigten und fragten, warum man bei Siemens nicht früher auf die Missstände gekommen sei. Nun gleichen die Deutsche Bahn und die Telekom Daten ihrer Beschäftigten mit denen von Lieferanten ab, und schon ist es ein

“Datenskandal”. Was sollen Firmen denn sonst tun? Ihre Mitarbeiter vorher informieren, damit sie gegebenenfalls noch etwas unter den Teppich kehren können? Die Daten, die ein Arbeitgeber von einem Beschäftigten hat, kennt jeder Mitarbeiter. Wenn diese mit Lieferantendaten verglichen werden und alles in Ordnung ist, was ist ihm dann Skandalöses passiert? Der Arbeitgeber weiß dann, dass er einen unbescholtenen Mitarbeiter hat.

**Eberhard Tolle, Bad Hönningen** – 14. Februar 2009

+++

*Leserbrief* zu **Schule wirbt mit falscher Aussage** vom 11.02.2009

**“Einmal Klartext sprechen”**

**Schule wirbt mit falscher Aussage**

„Schlepper, Nepper, Bauernfänger“, das sind die landläufig gängigen Werbetrommler, vor denen der Volksmund eindringlich warnt. Zu dieser Spezies zählen heute vor allem unseriose Werbeveranstalter, die mit unlauteren Methoden Senioren zu ködern versuchen.

Verbraucherschützer warnen und klären davor auf.

Leider gesellt sich zu dieser Spezies nun auch ein „wahrhaftiger“ Schulleiter, der sich auf „Elternfang“ begeben hat.

Die rheinland-pfälzische Schullandschaft ist derzeit im Umbruch. Ob der eingeschlagene Weg der allein seligmachende ist, wird die Zukunft entscheiden. Dass etwas geschehen musste, ist allen klar. Gerade jetzt ist aufrichtige Beratung der verunsicherten Eltern besonders gefragt.

Ich habe fast ein ganzes „Lehrerleben“ an einer Schule unterrichten dürfen, die in der Neuwieder Schullandschaft einen hervorragenden Platz eingenommen und sicher auch in Zukunft als integrierte Gesamtschule einnehmen wird. Das stetige Wachstum dieser Schule war begründet durch eine solide Arbeit der Schulleitung und des Lehrerkollegiums. Neben der bloßen Wissensvermittlung wurde und wird auch das völkerverbindende und soziale Engagement groß geschrieben.

Der Kreis Neuwied als Schulträger, allen voran Landrat Rainer Kaul, hat diese Arbeit durch umfangreiche Investitionen immer wieder gewürdigt.

„Kaffefahrten“ und „Presse-Werbespots“ waren der Schulgemeinschaft unwürdig und auch nie von Nöten. Dagegen standen Informationsveranstaltungen und Tage des offenen Unterrichtes zur Elterninformation stets im Vordergrund

Die jüngsten Eskapaden eines auf Selbstdarstellung bedachten Schulleiters machen nachdenklich. Was die zukünftigen Schulstandorte betrifft, ist es wohl wünschenswert, wohnortnahe Einrichtungen zu schaffen bzw. zu erhalten. Was muss wohl im Kopfe eines „Pädagogen“ vorgehen, der glaubt, mit aller Gewalt im weiten Bogen seine Netze auswerfen zu müssen??

Hier wäre doch die Politik, sprich der örtliche Schulträger, gefordert, nach vorausgegangenem und unter den Teppich gekehrten Dissonanzen einmal Klartext zu sprechen. Halbherzige Dementis schaden der Glaubwürdigkeit.

**Jürgen Hoppen, ehemaliger Lehrer an der Maximilian-zu-Wied-Realschule, Neuwied – 13. Februar 2009**

+++

*Leserbriefe zu Papst muss den Fehler korrigieren* vom 04.02.2009

### **1. „Kein politischer Anstand“**

Wenn Frau Knobloch als Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland dem Papst die Leviten gelesen hätte, wäre das ihr gutes Recht gewesen. Wenn Angela Merkel als Kanzlerin der Bundesrepublik das Oberhaupt einer Weltreligion auffordert, sich zu entschuldigen, widerspricht das jedem politischen Anstand. Das Amt wird durch diesen Missbrauch derart beschädigt, dass sich die CDU gut überlegen sollte, ob sie es ihr bei der nächsten Wahl wieder anvertraut. Keiner ihrer Vorgänger hätte sich so verhalten, weder Gerhard Schröder noch Helmut Kohl noch Willy Brandt.

**Hildegard Holl, Koblenz – 13. Februar 2009**

### **2. „Beispiel für Doppelmoral“**

Ich vermisse den Aufschrei jener Menschen, die alle Praktiken der katholischen Kirche und vor allem die Entscheidungen des Papstes ohne Wenn und Aber gutheißen, als gottgefällig bezeichnen und mit hilfloser Argumentation verteidigen. Es hagelt Kritik, man will ihm ans Leder, weil er etwas Unüberlegtes gesagt hat. Jedoch: „Der Papst ist ja unfehlbar.“ Er wird, so will es der Glaube, vom „Heiligen Geist“ unfehlbar geleitet. Ist also jetzt der Heilige Geist schuld an dieser Entgleisung? Wieso kann Papst Benedikt jetzt behaupten, er und seine vielen Berater hätten von der Holocaust-Leugnung Williamsons nichts gewusst? Für mich ist diese Sache ein weiteres Beispiel von der Doppelmoral und dem wirren Gesetzesdenken der römischen Oberhirten. Würde die katholische Kirche den Papst als Mensch mit allen Stärken und Schwächen darstellen, ich hätte auch Verständnis für Fehlentscheidungen. Denn wo Menschen sind, da menschelt es. So bleibt bei allem immer ein bitterer Beigeschmack.

**Wolfgang Strobel, Nastätten – 13. Februar 2009**

### **3. „Wo ist Vernunft geblieben?“**

Ich frage mich als Altersgenosse: Wie kann einer, der als Jahrgang 1927 zwangsläufig nicht nur Mitglied der HJ, sondern als Schüler seit 1943 auch Luftwaffenhelfer war, der später vom Reichsarbeitsdienst in Ungarn desertierte und trotzdem 1945 in amerikanische Gefangenschaft geriet und der sich dann in den schweren Nachkriegsjahren zur Akzeptanz der Ungeheuerlichkeiten des Holocausts durchringen musste – wie kann ein solcher Deutscher als Papst eine von „Amts wegen“ verständliche Heimholung kirchlicher Rom-Abtrünniger mit der Heimholung eines Holocaust-Leugners verbinden? Und das zwei Tage vor dem Holocaust-Gedenktag.

Wenn es richtig ist, dass die Abtrünnigen erst am 18. Dezember 2008 dem Papst gegenüber ihre Bitte um Wiederaufnahme in die Kirche äußerten, so hätte es doch mit Blick auf den Gedenktag der Anstand geboten, das Tor für sie erst ein oder zwei Wochen später zu öffnen und vor allem den Leugner bis zum Tag seiner besseren Einsicht vom Zugang auszuschließen.

Wo ist da die Vernunft geblieben, die Josef Ratzinger als Universitätslehrer auszeichnete? Jene

Vernunft, aus der heraus allein jener Anstand wachsen kann, der über Generationen hinweg jeden Deutschen zum verinnerlichten Nachvollzug der Ungeheuerlichkeit des Holocausts herausfordert, die im deutschen Namen geschah. Drum, Josef Ratzinger: Denken Sie zurück an den Artikel 1 der deutschen Verfassung und an das deutsche Recht, das die Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt. Halten Sie Ihre Kirche sauber!

**Dr. Peter Hauth, Bad Ems** – 13. Februar 2009

#### **4. “Vatikan verweigert Dialog”**

Gleich mehrmals ist in dem Artikel von Dietmar Brück **“Der Papst kann nie unpolitisch agieren”** von der “Krise im christlich-jüdischen Dialog” die Rede. Man sollte nicht Fehler des Vatikans nunmehr undifferenziert “ökumenisch” allen Christen anlasten. Seit Jahren verweigert der Vatikan einen Dialog auf gleicher Augenhöhe mit Menschen anderen Glaubens und erkennt etwa die evangelischen Kirchen nicht mal als das an, was sie selbstverständlich sind: Kirchen Jesu Christi.

Von einer Krise kann gegenwärtig wohl nur im Zusammenhang mit dem katholisch-jüdischen Dialog gesprochen werden. Die Evangelische Kirche im Rheinland ist, was den gleichberechtigten Dialog und die Aussöhnung von Juden und Christen betrifft, seit Jahren auf einem guten Weg. Bereits 1980 hat sie der Judenmission eine klare Absage erteilt und auch Konsequenzen für die Liturgie gezogen.

Es ist ein Strukturproblem der römisch-katholischen Kirche, dass zwar etwa Ehescheidungen oder die Teilnahme am evangelischen Abendmahl kirchenrechtliche Relevanz haben, nicht aber offenbar die Leugnung des Holocausts. Ob die Aussöhnung mit einer radikalen Splittergruppe wie der Piusbruderschaft wirklich der Einheit dient, wie Brück meint, oder nicht zur Mitte hin Türen zuschlägt, auch das kann man fragen.

**Thomas Martin Schneider, Koblenz** – 16. Februar 2009

+++

#### **5. “Häme der Katholikenfresser”**

Die “Affäre” um die Piusbruderschaft, ihren den Holocaust leugnenden Bischof Williamson und den Papst ist eine willkommene Gelegenheit für die unzähligen “Katholikenfresser”, ihrem Hass gegen die katholische Kirche und ihren Papst Ausdruck zu geben. Das hindert freilich viele von ihnen nicht, sich bei Leiden und Verletzungen in ein katholisches Krankenhaus zu legen, ihre Kinder in einen katholischen Kindergarten zu schicken und am Lebensende doch wieder um kirchlichen Beistand zu bitten. Zu dem immer wieder mit Häme vorgetragene Satz von der “Unfehlbarkeit des Papstes” ist zu bemerken, dass dieser Satz aus der katholischen Glaubenslehre stets unvollständig zitiert wird. Richtig lautet er “Der Papst ist unfehlbar in Glaubens- und Sittenfragen”. Dies engt die Unfehlbarkeit doch wohl erheblich ein.

**Heinz Mühl, St. Goar** – 20. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu*

#### **Der CDU-Stadtverband Neuwied hat Kandidaten für die Stadtratswahl aufgestellt.**

Jetzt steht sie also, die Kandidatenliste der städtischen CDU. Was stelle ich fest? Von der Frauenquote, selbst von der Partei gewollt, weicht man ab. Nummer 1, Herr Hahn: Über seine politische Karriere innerhalb, außerhalb und wieder innerhalb der CDU mag sich jeder selbst sein Bild machen. Nach Verärgerung und Rücktritt als Fraktionschef wieder zurück auf einem abgesicherten Platz 2: Herr Schuhen. Abgewatscht, die gelbe Karte, für den Kandidaten Ebert. Herr Ebert hat gegen Herrn Kilgen und seine Politik “aufgemuckt”. Dann stürzt man als aktiver Mann halt ab. Herr Ebert ist in trauter Gesellschaft mit Bernhard zur Hausen, schmäählich in den Ruhestand geschickt durch seine Parteifreunde. Wenn ich mir vorstelle, dass sich die “Neinsager” in der geheimen Abstimmung gegen zur Hausen jetzt hier auf der Liste wiederfinden, schrecklich! Frau Keiman-Limbach: frustriert und verärgert zurückgezogen. Werner Hammes: eigene Partei

gegründet. Ergebnis: Querdenker sind in keiner Weise in der städtischen CDU gefragt. Erfolgreich ist aber Herr Wilhelmy, ehemals parteilos als Ortsvorsteher Irlich erfolgreich angetreten, dann CDU-Mitglied, jetzt Stadtverbandsvorsitzender und abgesicherter Kandidat auf Listenplatz 8. Kein Aufmucken gegen Herrn Kilgen, angepasst und linientreu.

**Friedhelm Meurer, Irlich** – 13. Februar 2009

+++

*Nicht alltäglicher Leserbrief*

### **Öffentliches Dankeschön**

***Zwischen all den Krisen- und Finanzdiskussionen möchte diese Leserin auf ein gutes – und kostenloses – Angebot hinweisen.***

Krisenbotschaften ohne Ende, Gier, wohin das Auge blickt? Nein. Mag das Szenario insgesamt auch noch so niederdrückend sein, vom schmutzigen Winterwetter anscheinend sogar noch verstärkt: Wer sich dem Gejammer widersetzt, den manchmal eisglatten Straßen trotz und sich im Altenkirchener Hallenbad tummelt, wird zum Gewinner. Schon seit fünf Jahren ermöglichen abwechselnd Bademeister Andreas Mattern und sein Vertreter Christoph Weber jede Woche mit großem Engagement kostenlos die Teilnahme an einer supertollen Wassergymnastik. Da muss doch einmal ein öffentliches Dankeschön gesagt werden, ein wenig mehr als nur der Beifall der Teilnehmer/innen am Schluss der abwechslungsreichen Übungen. Macht weiter so – danke!

**Mathilde Osterrath, Herptheroth** – 11. Februar 2009

+++

*Leserbrief* zum Bericht in der Rhein-Zeitung unter der Überschrift **Kein Windrad in Puderbach** vom 23. 01. 2009

### **„Fortgesetzte Verletzung“**

Für das „Aus für Windkraftanlagen in der Verbandsgemeinde Puderbach“ haben Schwarzstorch und Rotmilan gesorgt. Das ist erfreulich.

Anzumerken ist, daß jährlich von Windrädern in Deutschland über eine Million Vögel erschlagen werden, darunter nicht nur Schwarzstörche und Rotmilane, sondern auch Seeadler. Noch stärker trifft es die Fledermäuse.

Das ist fortgesetzte Verletzung von deutschem und EU-Naturschutzrecht.

**Dieter Krämer, 57577 Hamm** – 11. Februar 2009

+++

*Leserbriefe* zu **Die Tafel: Es geht los**  
Rhein-Zeitung vom 31.01.09

### **1. „Warum gibt es dann Tafeln?“**

Wenn ich Berichte über Tafeln, in diesem Fall der Eröffnung der Tafel in Wissen lese, beschleicht mich ein großes Unbehagen. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Sozialgesetze muss für jeden Menschen in der Bundesrepublik die Grundsicherung gegeben sein. Das heißt, dass er einen Rechtsanspruch auf ausreichende Nahrung, Kleidung, Unterkunft, medizinische Versorgung und Bildung hat. Diese Rechte gehören auch zur Charta der sozialen Menschenrechte. Politiker der Großen Koalition, früher auch die Grünen, betonen immer wieder, dass diese Grundsicherung durch Hartz IV und andere Gesetze gegeben sei, und sie weigern sich ja bekanntlich, die entsprechenden Sätze deutlich anzuheben, weil sie ausreichend seien. Jeder Mensch in Deutschland erhält – nach den Aussagen dieser Politiker – ein existenzsicherndes Einkommen.

Wenn das stimmt: Warum gibt es dann Tafeln?

Nach den Aussagen der Sozialverbände reichen die entsprechenden Sätze aber nicht aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, demnach sind Tafeln notwendig. Folglich sagen Politiker die

Unwahrheit.

Ich gehe davon aus, dass die Aussagen der Sozialverbände richtig sind.

Besonders schmerzlich berührt mich aber dann, dass sich die SPD, die ich früher als die „Schutzmacht der kleinen Leute“ angesehen habe, am Abbau des Sozialstaates in vorderster Front beteiligt. Mehr als hundert Jahre hatte sie dafür gekämpft, dass aus Almosenempfängern Anspruchsberechtigte werden, dass Bedürftige von einem Objekt der Wohltätigkeit in ein Subjekt mit Rechtsansprüchen verwandelt werden.

Aber auch die Kirchen, die oft Träger der Tafeln sind, haben offensichtlich vergessen, was sie 1996 in ihrem Sozialwort geschrieben haben: „Deshalb bemühen sich Christen um Arme, aber auch um gerechte Strukturen in der Gesellschaft, die geeignet sind, Armut zu verhindern.“ Ich würde mich freuen, wenn die Kirchen mit klaren Worten den Aufbau gerechter Strukturen von den Politikern fordern würden. Die kirchlichen Sozialverbände, Caritas und Diakonie warnen vor der „Verfestigung von Armut“ durch Dienste wie Armenküchen und Tafeln und befürchten, wie Caritas – Präsident Neher sagt, die Entstehung von „Parallelwelten“.

Dass Politiker oder Parteivertreter der großen Koalition Tafeln besuchen und sich als Wohltäter und Unterstützer betätigen, finde ich dreist und respektlos, verhöhnen sie doch damit die Opfer ihrer Politik, die durch sie den Rechtsanspruch auf ein existenzsicherndes Einkommen verloren haben und nun in Armenküchen und Tafeln um Almosen anstehen müssen.

**Hermann Reeh, Steinebach** – 01. Februar 2009

+++

## **2. “Das ist Zynismus pur”**

Dass ein reiches Land wie Deutschland es überhaupt so weit hat kommen lassen, dass zahlreiche Menschen auf Almosen angewiesen sind, ist empörend. Deutschland hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr in einen Suppenküchenstaat verwandelt. Parteien und Politiker, die Millionen Menschen Verarmungsprogramme wie Hartz IV oder Rente ab 67 verordnen, übernehmen auch noch die Patenschaft für öffentliche Suppenküchen (Frau Bätzing von der SPD hat sich ja schon für die nächsten Tage in Wissen angemeldet). Das ist Zynismus pur.

Karitative Aktionen, die sich nicht gegen die Ursache des ganzen Übels wenden, sondern lediglich dessen Folgen abzumildern suchen, haben eine gesellschaftliche Funktion. Und wer PolitikerInnen, die das Übel mit verbrochen haben, auch noch dazu einlädt, bekämpft ganz offensichtlich nicht die Ursachen.

**Olcay Kanmaz, Niederfischbach, Kreisvorsitzender “Die Linke”** – 05.02.2009

+++

## **3. “Politischer Skandal”**

Selbstverständlich ist es ehrenwert, bedürftigen Menschen zu helfen – das verdient jegliche Anerkennung.

Eigentlich jedoch stellt die Notwendigkeit einer jeden neuen Tafel oder warmen Stube, wie man sie nennt, in diesem zu den reichsten Ländern der Welt gehörenden Staat einen politischen Skandal dar. Die Agenda 2010 und die Hartz IV-Gesetze, immer mehr Mini- und Midi-Jobs und prekäre Arbeitsverhältnisse, Menschen die selbst in Vollzeitarbeit nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können u.v.m. sind doch die Hauptverursacher der neuen Armut. Banken- und Wirtschaftskrise, unter anderem verursacht durch skrupellose Profitgier, und daraus resultierende Massenentlassungen werden diesen Trend noch verstärken.

Es ist endlich an der Zeit, auch einen Schutzschirm für die abhängig Beschäftigten, Rentner und Arbeitslosen zu spannen. Mit Lohn- und Rentenerhöhungen, der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen, der Anhebung des Arbeitslosengeldes II bis zu dessen Überwindung, der Besteuerung mit fünf Prozent von Privatvermögen ab einer Million Euro (Einnahmen bis zu 80 Milliarden im Jahr) wären schon einige Voraussetzungen erfüllt, um Armenküchen in naher Zukunft überflüssig zu machen.

**Armin Schlechtriemen, Alsdorf** – 05. Februar 2009

+++

#### **4. “Politiker sagen Unwahrheit”**

Die Tafeln oder auch Warmen Stuben bleiben in der Diskussion.

Wenn ich Berichte über Tafeln lese, hier die Eröffnung der Tafel Wissen, beschleicht mich ein großes Unbehagen. Nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Sozialgesetze muss für jeden Menschen in der Bundesrepublik die Grundsicherung gegeben sein: Rechtsanspruch auf ausreichende Nahrung, Kleidung, Unterkunft, medizinische Versorgung und Bildung. Politiker der Großen Koalition, früher auch die Grünen, betonen, dass diese Grundsicherung durch Hartz IV und andere Gesetze gegeben sei. Warum gibt es dann Tafeln?

Nach Aussagen der Sozialverbände reichen die Sätze aber nicht aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, demnach sind Tafeln notwendig. Folglich sagen Politiker die Unwahrheit.

Besonders schmerzlich berührt mich, dass sich die SPD, die ich früher als die “Schutzmacht der kleinen Leute” angesehen habe, am Abbau des Sozialstaates in vorderster Front beteiligt. Mehr als hundert Jahre hatte sie dafür gekämpft, dass aus Almosenempfängern Anspruchsberechtigte mit einem Rechtsanspruch werden.

Aber auch die Kirchen, die oft Träger der Tafeln sind, haben offensichtlich ihr Sozialwort von 1996 vergessen: “Deshalb bemühen sich Christen um Arme, aber auch um gerechte Strukturen in der Gesellschaft, die geeignet sind, Armut zu verhindern.” Ich würde mich freuen, wenn die Kirchen mit klaren Worten den Aufbau gerechter Strukturen von den Politikern fordern würden. Die kirchlichen Sozialverbände, Caritas und Diakonie, warnen vor der “Verfestigung von Armut” durch Dienste wie Tafeln und befürchten die Entstehung von “Parallelwelten”.

Dass Politiker der Großen Koalition Tafeln besuchen und sich als Unterstützer betätigen, finde ich dreist und respektlos, verhöhnen sie doch damit die Opfer ihrer Politik.

**Hermann Reeh, Steinebach** – 07. Februar 2009

+++

**Essen wird im Wissener Gemeindehaus verteilt** vom 31.02.09

(... und zu einigen Leserbriefen dazu)

#### **5. “Kluge Sprüche helfen nicht”**

***In der Diskussion um die heimischen “Tafeln” meldet sich jetzt ein Verantwortlicher zu Wort.***

Die kritischen Leserbriefe der letzten Tage über die Tafeln machen mich betroffen. Über die Argumente ließe sich trefflich streiten. Was mich aber dazu bringt, mich zu Wort zu melden, ist die Beleidigung der vielen ehrenamtlichen Helfer bei den Tafeln – in Wissen allein sind es über 60. Sie handeln aus christlicher Überzeugung.

Mir kommen die Äußerungen in den Leserbriefen so vor wie die unbeteiligten Zuschauer, die beobachten, wie ein Rettungsschwimmer einen kleinen Jungen aus dem Wasser zieht. Als der den Jungen an Land bringt, machen ihm die Umstehenden Vorwürfe: Wer hat es versäumt, dem Jungen schwimmen beizubringen? Warum hat er nicht besser aufgepasst? Stimmt – nur ist mit klugen Sprüchen dem Jungen nicht geholfen. Kluge Worte ohne konkrete Hilfe sind Besserwisserei und zeugen im schlimmsten Fall von Herzlosigkeit. In Altenkirchen, Betzdorf und Wissen wird aber für Menschen in Not gehandelt, und wir machen auf das Problem Armut aufmerksam. “Unsere” Tafeln sorgen für mehr als nur Lebensmittel. Sie bieten Gastfreundschaft, Begegnung und Beratung und sind für viele Gäste ein Schritt aus der Isolation.

Mir sind im übrigen Politiker lieber, die sich ein Bild von der Bedürftigkeit machen, als solche, die populistisch nach mehr Gerechtigkeit schreien und dennoch nur an ihre Karriere denken. Erst vergangenen Freitag konnten wir erleben, wie dabei manchem hohen Tier in der Politik die Augen aufgehen.

Tafeln verstehen sich als Hilfe auf Zeit. Und wir hoffen, dass sie eines Tages nicht mehr nötig sein werden. Jetzt aber, wo die Not da ist, muss gehandelt werden. Was wir dabei am wenigstens

brauchen, sind Ratschläge von denen, die alles besser wissen.

## **Marcus Tesch für das ökumenische Projekt "Wissener Tisch"**

10. Februar 2009

+++

### **6. "Kluge Sprüche helfen nicht"**

*An dem Leserbrief von Herrn Tesch möchte ich einige Missverständnisse klarstellen.*

Alle, die sich bei der Wissener Tafel engagieren, handeln sicher aus tiefer Humanität und christlicher Überzeugung. Caritas ist Wesenselement der christlichen Verkündigung, und alle die sich in praktischer Nächstenliebe einbringen, haben meine Anerkennung und Respekt. Das gilt auch besonders für die Mitarbeiter der Wissener Tafel.

Meine Kritik gilt den gesellschaftlichen Verhältnissen, die Suppenküchen nötig machen.

Die skandalöse Teilung der Gesellschaft in Arm und Reich ist nicht einfach so geworden, sie ist politisch zu verantworten. Eine der bekanntesten Geschichten des neuen Testaments ist die Geschichte vom **Barmherzigen Samariter**: Ein Mann war unterwegs nach Jericho und fiel unter die Räuber. Sie schlugen ihn blutig, plünderten ihn aus und ließen ihn liegen. Zwei gingen vorüber, einer verband seine Wunden und kümmerte sich um ihn. Der Barmherzige Samariter ist Vorbild für uns.

Anstößig wird es, wenn die Räuber zurückkommen, sich neben die Samariter stellen und deren Barmherzigkeit medien- und wahlkampfwirksam für sich ausschachten.

Als solche betrachte ich die MdB und MdL aller etablierter Parteien.

Unter Rot-Grüner Regierungsverantwortung wurde die Agenda 2010 verbrochen, die Hartz I – bis IV Gesetze mit Mini-, Midi-, Ein- €- Jobs und Harz IV verabschiedet, die die Menschen zwingen, für einen Hungerlohn zu arbeiten und in die Armut treiben. Die MdBs haben diesen Gesetzen zugestimmt. Dass alles noch viel schlimmer gekommen wäre, wenn Angela Merkel und Westerwelle die Chance bekommen hätten „Durchzuregieren“ kann nicht als Rechtfertigung herhalten.

Dass 2,5 Millionen Kinder in diesem reichen Land in Armut leben und nie eine Chance zum Leben bekommen, dass so viele Menschen, trotz Vollzeit –Arbeit, auf die Suppenküche angewiesen sind, dass Altersarmut zunimmt, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht ist kein Naturereignis, es ist politisch gemacht und zu verantworten.

Zu diesen politischen und gesellschaftlichen Zuständen wünschte ich mir auch von den christlichen Kirchen eine eindeutige Stellungnahme. Die Kirche kann sich nicht nur auf ihre Barmherzigen Samariter verlassen, sondern trägt als Institution Verantwortung. Aus den routinemäßigen, lauen Stellungnahmen der Bischöfe kann ich keine vorrangige Option für die Armen und Ausgeschlossenen erkennen. Mir sind Politiker, die sich ein Bild über die Ergebnisse ihrer Arbeit machen, auch wichtig, aber nur, wenn sie Konsequenzen daraus ziehen und umsteuern. Wenn sie diese Gesetze weiter verteidigen, ist ihr Besuch bei der Wissener Tafel anstößig. Sie sollten sich schämen!

**Maria Muhs, Wissen** – 12. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu Kreissparkasse: 2008 unbeeinflusst von Finanzkrise vom 31.01.2009*

### **"Die Wirtschaft ankurbeln"**

Unsere Berichterstattung über die Bilanzpressekonferenz der Kreissparkasse kommentiert diese Leserin.

In der heutigen Wirtschaftslage haben es Unternehmen immer schwerer, sich am freien Markt zu platzieren und zu bestehen. Wie aus dem Bericht vom 31. Januar hervor geht, wurden 2008 von der Kreissparkasse Kredite in Höhe von 152,8 Millionen Euro vergeben. Alleine 98,6 Millionen Euro an Unternehmen und Selbstständige. Dadurch konnten wahrscheinlich viele Unternehmen Finanzschwierigkeiten überbrücken oder Investitionen tätigen.

Lobenswert, dass die Kreissparkasse eine der wenigen Banken ist, die mit ihrer Einstellung die Wirtschaft ankurbelt, natürlich nicht uneigennützig, das ist eben ein ganz normaler Geschäftsvorgang.

**Ines Schmitt, Grünebach** 10. Februar 2009

+++

*Leserbriefe zu **Hauptschule ist bei den Schülern abgemeldet** vom 07.02.2009*

### **1. „Dank für klare Worte“**

Der Artikel ist erfreulich und verdienstvoll. Das Stimmungsbild aus der Noch-Hauptschule Mülheim-Kärlich könnte fast gleichartig an allen anderen Hauptschulen des Landes eingefangen werden.

Wissen die Politiker eigentlich, unter welchem Veränderungsdruck die Lehrkräfte aller Schularten seit Jahren „nebenher“ auch noch ihr Kerngeschäft Erziehung und Wissensvermittlung betreiben? Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird sich in nächster Zeit dafür einsetzen, dass die Personalausstattung verbessert wird, damit die Ziele – mehr Schüler zu höheren Abschlüssen, keinen aufgeben – auch erreicht werden können. Ebenso müssen Arbeitszeit und Bezahlung in der „Realschule plus“ vereinheitlicht werden.

Professor Krawitz ist für seine klaren Worte zu danken. Er stützt die Linie der Gewerkschaft, die integrative Schulform nicht nach dem zehnten Lebensjahr enden zu lassen. Schließlich geschieht das weltweit nur noch in 17 Ländern: in Österreich, die übrigen 16 liegen in Deutschland.

**Hartmut Lehmann, Unnau** – 10. Februar 2009

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Westerwald**

+++

### **2. „Hauptschüler sind Schüler!“**

In dem Beitrag „Hauptschule ist bei den Schülern abgemeldet“ (RZ-Journal vom 7.2.2009) wird u.a. die Problematik vieler Schüler/innen mit dem „Stigma“ Hauptschüler beschrieben und die Realschule plus als eine Lösung dargestellt. Dem ist hinzuzufügen: Nur in Deutschland und Österreich existiert noch ein dreigliedriges Schulsystem. Nur hier gibt es überhaupt noch Hauptschüler – wie eigenartig.

Ich kann mich den Ausführungen von Prof. Krawitz in dem Beitrag anschließen. In dem besagten Bericht sind allerdings meine Äußerungen zur Sinnhaftigkeit des gemeinsamen Lernens leistungsschwächerer und leistungsstärkerer Schüler/innen sehr unglücklich und für mich unverständlich sowie ärgerlich als Zitat gekennzeichnet wiedergegeben. Ich halte es Schüler/innen und Eltern gegenüber für diffamierend, wenn Hauptschüler/innen anstandslos bildungsfernen Schichten zugeordnet werden. In der im Beitrag beschriebenen Hauptschule Mülheim-Kärlich, in der neben vielen Fördermaßnahmen im Übrigen seit vielen Jahren auch der qualifizierte Sekundarabschluss I (Mittlerer Reife) angeboten wird, herrscht ein ausgesprochen förderliches Lernklima auf gutem Leistungsniveau.

Sicher gibt es leistungsschwächere und leistungsstärkere Schüler/innen an Hauptschulen und allen hilft die Zusammenführung der Haupt- und Realschulen zur Realschule plus. Hier werden u.a. schwächere Schüler/innen, deren Problem in erster Linie die Leistungsmotivation ist, im gemeinsamen Lernen in der peer group – mit gleichaltrigen, auch leistungsstärkern, Mitschülern – enorm gefördert. Und ebenso belegt ist die Tatsache, dass Letztgenannte durch integrative Lernformen in ihrem Lernfortschritt nicht gebremst, nein, ebenso gefördert werden.

**Martin Monjour, Koblenz** – 10. Februar 2009

+++

*Leserbriefe zu **Der Papst vergrätzt das Heilige Land** vom 27.01.2009*

### **1. „Schafe des Vatikans oder Mitglieder der Kirche?“**

Die christdemokratische Bundeskanzlerin Angela Merkel hat recht, wenn sie den Papst ins Gebet

nimmt (RZ v. 04.02.2009) und unmissverständlich glasklare Klarstellungen vom Papst in Bezug auf die Rehabilitation des Holocaust-Leugners fordert.

Die Enttäuschung über diesen Papst wächst. Vatikanische Pannen werden relativiert. Andere Glaubensgemeinschaften werden von ihm nicht als „Kirchen im eigentlichen Sinne“ betrachtet. Und , und, und!

Dogma statt Dialog! Von den Mauern des Vatikans prallen die Hinweise „Wir sind Kirche“ nur so ab, bzw. verfangen sich im „Stacheldraht“ des konservativen Kirchenverständnisses von „Pius – und anderen Bruderschaften“. Na denn, wenn wir nur noch als die Schafe des Vatikans und nicht mehr als Mitglieder der Kirche respektiert werden, dann reicht auch der Glaube an Gott künftig völlig aus!

**Leo Klöckner, Rüber** · 7. Februar 2009, 20:56

+++

## **2., „Wir sind Papst“ – „Wir sind peinlich“ – „Wir sind dumm“**

In dieser Reihenfolge könnte man das Geschehen um Papst Benedikt XVI. einsortieren.

**„Wir sind Papst“** – Was haben wir uns gefreut, dass nach knapp 5 Jahrhunderten einmal wieder ein Deutscher Papst wurde, nachdem sein deutscher Vorgänger nach 1 Jahr, 8 Monaten und 5 Tagen vermutlich einem Giftmord zum Opfer fiel.

**„Wir sind peinlich“** – Es ist äußerst peinlich, dass ausgerechnet ein deutscher Papst einen antisemitischen Kardinal rehabilitiert. War er nicht informiert über diese Person? Hat man ihm die Holocaust-Leugnungen dieses Kardinals verschwiegen? Oder war er wirklich so naiv, dass er glaubte ein Saulus wäre zum Paulus geworden?

**„Wir sind dumm“** – Dass ausgerechnet eine evangelische Kanzlerin im Wahljahr meint sie muss den Papst wegen dieser Rehabilitation öffentlich kritisieren, anstatt zunächst einmal das persönliche Gespräch mit dem Papst zu suchen und den Sachverhalt abzuklären, ist schlicht und einfach „dumm“ und dürfte einer Kanzlerin nicht passieren. Die katholischen Wähler werden es sicher beachten. Frank-Walter Steinmeier wird es freuen!

**Theo Becker, Rüdesheim** – 12. Februar 2009

+++

## **3. „Unzureichend informiert“**

Es ist für mich unerträglich, wenn Leserbrief-Schreiber sich zu innerkirchlichen Angelegenheiten wie der Unfehlbarkeit des Papstes äußern, die von der Sache her gar nicht oder nur sehr unzureichend informiert sind. Mit der Unfehlbarkeit des Papstes verhält es sich so: Am 18. Juli 1870 wurde auf dem ersten Vatikanischen Konzil das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes sinngemäß wie folgt verkündet:

1. Der Papst ist unfehlbar, wenn er in der Glaubens- und Sittenlehre Stellung bezieht,
2. die Äußerungen des Papstes müssen sich ex Cathedra an die gesamte Weltkirche richten und
3. der Papst muss ausdrücklich hinzufügen, dass dies seine unabänderliche Lehrentscheidung ist, die er als unfehlbar angesehen haben möchte.

Im Falle der Rücknahme der Exkommunikation der Piusbruderschaft fehlen dafür alle Voraussetzungen.

**Pfarrer Herbert Ritterath, Heimersheim** – 20. Februar 2009

+++

*Leserbrief zu Wenn Soldaten das Grauen nie loslässt*  
vom 04.02.2009

## **„Unbeeindruckt vom Krieg“**

Immer mehr Soldaten kehren traumatisiert von ihrem Afghanistan-Einsatz nach Deutschland

zurück.

Was mich erschreckt, sind nicht zwei Prozent traumatisierte Soldaten unter den Afghanistan-Heimkehrern, sondern dass ein weitaus größerer Teil dem Anschein nach unbeeindruckt vom Grauen des Krieges zurückkommt. Unsere Politiker bilden sich ein, entscheiden zu können, was erlaubt und was gerecht ist. Dementsprechend scheint es erlaubt, mit Waffengewalt in fremden Ländern einzugreifen. Dabei vergessen wir, welches Leid und welche Vernichtung in Kriegen angerichtet wird. Wir sollten ein Kompetenzzentrum für Politiker zum Thema "Rechtliche und moralische Legitimität und Sinnhaftigkeit von Kriegseinsätzen" einrichten und überlegen, in welcher Form wir im Ausland friedlich helfen können.

**Ralf Kinder, Eitelborn** – 10. Februar 2009